



öffentlich

Betreff:

Mietsteigerungen begegnen

Erstellungsdatum 16.02.2009

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.03.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem Wohnkonzept ein Maßnahmenkonzept für Potsdam vorzulegen.

Dieses Konzept soll ausweisen, wie den Mietsteigerungen in der Landeshauptstadt mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden kann.

Dabei soll das städtische Unternehmen PRO POTSDAM mit seinem großen Wohnungsbestand eine Leitfunktion wahrnehmen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Nach einer kürzlich durchgeführten bundesweiten Erhebung wurde festgestellt, dass die Landeshauptstadt Potsdam bundesweit den höchsten Kaltmietenanstieg bei Nachkriegsbauten zu verzeichnen hat. Zudem häufen sich die Klagen darüber, dass unter Berufung auf den Mietspiegel Mietsteigerungen vorgenommen werden, die zudem von deutlichen Steigerungen der Betriebskosten begleitet sind. Im Zusammenhang mit dem zunehmenden Wohnungsmangel ist zu befürchten, dass Potsdam künftig für Niedrigeinkommensbezieher nicht mehr bezahlbar ist.